

Politik : Streit um die Atomkraft

Autor(en): **Lenzin, René / Ribl, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **34 (2007)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-911619>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Streit um die Atomkraft

Ums Jahr 2020 droht der Schweiz ein Engpass bei der Stromversorgung. Energiesparen und neue Kernkraftwerke heisst das Rezept des Bundesrats. Doch die Atomkraft spaltet das Land wie eh und je. Von René Lenzin

In zehn bis 15 Jahren werden die zwei ältesten der fünf Schweizer Atomkraftwerke (AKW) ihren Dienst getan haben. Etwa gleichzeitig laufen die langfristigen Elektrizitätslieferverträge mit Frankreich aus. Deshalb geistert seit einiger Zeit das Wort der Stromlücke durch die helvetische Politik. Will heissen: Um 2020 ist die Stromversorgung im Lande nicht mehr gewährleistet. Die Diagnose als Erste gestellt hat die Elektrizitätswirtschaft. Und gleich auch noch die Therapie mitgeliefert: Die Schweiz braucht neue Atomkraftwerke. Kurzfristig soll sie die Lücke mit Gaskraftwerken schliessen.

Kürzlich hat sich auch der Bundesrat mit energiepolitischen Szenarien beschäftigt. Er setzt auf die vier Säulen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und Energieaussenpolitik. Besonders wichtig sei der erste Punkt, sagte der zuständige Energieminister Moritz Leuenberger. Mit welchen konkreten Massnahmen Strom gespart werden soll, liess die Regierung allerdings

DIE SCHWEIZ BRAUCHT IMMER MEHR STROM

■ Zwischen 2000 und 2006 hat der Stromverbrauch um über zehn Prozent zugenommen. Und dies trotz einem Energiesparprogramm des Bundes.

Der Konsum nahm sogar in Jahren zu, in denen die Schweiz ein negatives Wirtschaftswachstum (2003) oder aufgrund eines milden Winters wenig Heizztage (2006) aufwies.

RL

Jahr	Stromverbrauch	Zunahme
2000	52,3 Mrd. KWh	2,3 %
2001	53,7 Mrd. KWh	2,6 %
2002	54,0 Mrd. KWh	0,5 %
2003	55,1 Mrd. KWh	2,0 %
2004	56,2 Mrd. KWh	1,9 %
2005	57,3 Mrd. KWh	2,1 %
2006	57,8 Mrd. KWh	0,8 %

QUELLE: BUNDESAMT FÜR ENERGIE

Kernthema: Atomenergie

Im eidgenössischen Wahljahr 2007 ist die Atomenergie ein Kernthema. Im März hatte der Bundesrat fast über Nacht den Ausbau der Atomenergie von einer «Option» zu einer «Notwendigkeit» erhoben. In unserem Land liefern fünf Atommeiler an vier Standorten 42 Prozent der heimischen Stromproduktion.

Nach dem Streit um das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst 1988 und dem Ja des Volkes zu einem zehnjährigen Baumoratorium 1990 hatte sich die Kontroverse etwas beruhigt. Die Volksinitiativen «Strom ohne Atom» für den Atomausstieg und «Moratorium Plus» für ein verlängertes Bauverbot wurden 2003 klar verworfen.

In den neuen Energieperspektiven des Bundesrates bilden Grosskraftwerke einen wichtigen Pfeiler. Gaskraftwerke haben in der heutigen Klimapolitik keine Chance. Dafür wird der Klimafaktor zu Gunsten der Atomkraft betont. Aber auch diese Energieform hat schwer wiegende Nachteile: Ein neues Atomkraftwerk kostet fünf bis sechs Milliarden Franken. Die Finanzierung solcher Anlagen ist das Hauptproblem der Branche. Von der Planung bis zur Inbetriebnahme eines neuen Werkes vergehen 16 bis 18 Jahre. Zudem haben in der Schweizer Demokratie die Stimmbürger das letzte Wort für neue nukleare Anlagen.

Schweizer Atomkraftwerke haben eine hohe betriebliche Sicherheit. Doch der Zwischenfall im modernsten schwedischen Atomkraftwerk Forsmark vom Sommer 2006 zeigte erneut die Gefahren der Kernenergie: Gemäss dem früheren Forsmark-Chef war dieser Störfall «das Gefährlichste, was wir seit Tschernobyl erlebt haben».

Die Achillesferse der Atomenergie ist und bleibt die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle. Ohne den Nachweis der sicheren Entsorgung darf der Bundesrat kein neues Atomkraftwerk bewilligen. Und auch hier hat das Volk das letzte Wort. Vielleicht ist die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle in der Schweiz technisch machbar, wie der Bundesrat meint. Doch es bleibt die grundlegende ethische Frage: Wer übernimmt die Verantwortung für die sichere Endlagerung für zehntausend, ja hunderttausend Jahre?

ROLF RIBI